



Nr. 122.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., anderwärts derselben 15 Pfg., Reklamen 30 und 35 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Dienstag den 28. Mai 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Traglohn RM. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortverkehr RM. 1.85, im Fernverkehr RM. 1.95. Bestellschein in Württemberg 30 Pfg.

Der Chemin des Dames erstürmt!

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(M.B.) Großes Hauptquartier, 27. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Südlich von Mezières wurden bei erfolgreicher Unternehmung Engländer gefangen. Die Artillerietätigkeit lebte an den Kampffronten erst in den Nachmittagsstunden auf. Die feindl. Artillerie war vor allem im Kemmelgebiet, auf dem Nordufer der Eys, zwischen Arras und Albert und auf dem westlichen Ufer der Aisne tätig. Die Erlaubungstätigkeit blieb reger.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die gestrige Abendmeldung.

Der Chemin des Dames von den Truppen des Deutschen Kronprinzen erstürmt.

(M.B.) Berlin, 27. Mai, abends. (Amtlich) wird mitgeteilt: In den Kampfabschnitten in Flandern und an der Eys, auf dem Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme und an der Aisne haben sich die Artilleriekämpfe verschärft. Südlich von Laon ist seit heute früh die Schlacht auf dem Chemin des Dames im Gange. Die Truppen des Deutschen Kronprinzen haben den Bergrieden in seiner ganzen Ausdehnung erstürmt und stehen im Kampf an der Aisne.

Die feindlichen Berichte.

(M.B.) Paris, 27. Mai. (Amtlich) Bericht von heute nachmittag: In der zweiten Hälfte der Nacht richteten die Deutschen sehr heftiges Geschützfeuer gegen die ganze Gegend zwischen dem Walde von Pinon und Reims. Heute morgen erfolgte der feindliche Angriff auf sehr breiter Front zwischen diesen beiden Punkten. Die französischen und englischen Truppen leisteten mit der gewöhnlichen Tapferkeit dem deutschen Stoße Widerstand. Die Schlacht ist noch im Gange. In der Champagne, auf dem rechten Maasufer, im Walde von Apremont und in der Meuse war die Artillerietätigkeit nachts lebhaft. Die Deutschen machten mehrere östliche Angriffe. Im Walde von Apremont wurde der Angriff nach einem Kampfe, der den Deutschen Verluste kostete, abgeschlagen. Zwei andere Angriffsversuche in der Gegend von Liney und nordöstlich von Badonvillers scheiterten ebenfalls. Gefangene blieben in der Hand der Franzosen.

(M.B.) London, 27. Mai. Englischer Heeresbericht von heute morgen: Starke feindliche Angriffe mit vorübergehendem Geschützfeuer von großer Heftigkeit entwickelten sich heute in der Frühe in breiter Front gegen die englischen und französischen Truppen in der Linie zwischen Reims und Soissons und gegen die französischen Truppen zwischen Sozer und Bormezeelle. Beträchtliche feindl. Artillerietätigkeit gestern und letzte Nacht an der britischen Front.

Die Schwierigkeit der Beschaffung von Ersatz für das britische Heer.

(M.B.) Berlin, 27. Mai. Die ungeheuren Verluste, die England im Jahre 1917 während der gänzlich ergebnislosen Flandernoffensiven erlitt, gestalteten die britische Ersatzlage immer schwieriger. Anfangs 1918 bestand in England ein ernstlicher Ersatzmangel. Das sogenannte Auslämmerverfahren sollte rund 1 1/2 Millionen neuer Rekruten aufbringen. Das neue Wehrgesetz kam jedoch infolge des Widerstands der Berg- und Metallarbeiter nicht voll zur Ausführung. Die Aushebung älterer Jahrgänge aus der Industrie hatte bis dahin nur sehr geringe Ergebnisse gezeitigt. Infolgedessen wurden die vierten Bataillone bei den meisten Infanteriebrigaden (die englische Infanteriebrigade entspricht dem deutschen Regimentsverband) der an der Westfront stehenden englischen Divisionen aufgelöst. Diese Maßnahmen bedeuteten eine Schwächung der Kampftruppen um rund 150 Bataillone. Die hohen Verluste in den großen Schlachten von Ende März bis anfangs Mai rissen aufs neue schwere blutige Lücken in den Beständen des englischen Heeres und überließen die Zahlen des in Frankreich zur Verfügung

stehenden britischen Ersatzes. Die dortigen Depots waren in den ersten Tagen geleert und aus England mußten schleunigst starke Ersatztransporte an die Front geschickt werden. Jedoch auch der Bestand an ausgebildeten kriegsbrauchbaren Mannschaften in den heimischen Ersatzformationen genügte nicht. Die britische Heeresleitung war gezwungen, Mannschaften unter 19 Jahren einzustellen, die nach den bisherigen Bestimmungen nicht außer Landes verwendet werden sollten. Die Herabsetzung der Kampftrakt der englischen Verbände durch Mannschaftsmangel und die Verschlechterung des Ersatzes machten eine immer weitergehende Entlastung der Engländer durch die Franzosen notwendig, die ebenfalls während der großen Schlacht infolge der englischen Niederlage außerordentlich schwere blutige Verluste hatten. Die Schwere der englischen Verluste läßt sich an der auf neue erfolgten Auflösung mehrerer britischer Bataillone erkennen. Die Gefechtskraft der englischen Armee ist herabgesetzt. Die unausgefüllten Divisionen sind mit zahlreichem jungen und unausgebildeten Ersatz durchsetzt. Der Ernst der Lage zwingt England zu immer größerer Ausdehnung des Wehrgebietes und zur Einführung der Wehrpflicht in Irland. Der Widerstand der Iren hat jedoch einen Ausschub der Durchführung dieses neuen Gesetzes zur Folge. Die englische Ersatzlage beweist, daß die Schwächung der feindlichen Kampftrakt und die der französischen Verbände bereits in hohem Maße erreicht ist. Zugleich haben die fortgesetzten franko-britischen Niederlagen der Entente die Initiative genommen, die nach wie vor auf deutscher Seite ist.

Beobachtungen deutscher Heimgekehrter.

(M.B.) Berlin, 27. Mai. Heimgekehrte deutsche, der französischen Kriegsgefangenschaft entflohenen Soldaten, die in den französischen Gefangenenlagern und auf den Arbeitsstätten die Augen offen gehalten haben, machten recht bemerkenswerte Aussagen. Täglich sind auf langen Zügen amerikanische Soldaten zur Arbeit an ihnen vorbeigefahren, die sich gemeldet hatten, bei Verdun in Stellung zu gehen und dafür zur Strafe als Arbeitskolonnen bei geringer Verpflegung und Besoldung verwendet wurden. Ebenso sahen sie jeden Tag, wie Truppen von wechselnder Stärke, meist 15 bis 20 Mann und immer Franzosen, mit kreuzweise geschnittenen Händen nach rückwärts transportiert wurden. „Auff! Prisonniers!“ sagten die französischen Bewachungsmannschaften und lachten dabei. Dies so selbstverständlich klingende „Auff! Prisonniers“ wirft ein bezeichnendes Licht auf die Höhe der französischen Soldatenmoral.

Neue U-Bootserfolge.

(M.B.) Berlin, 27. Mai. (Amtlich.) Neue Unterseebootserfolge im Sperrgebiet Englands 15 000 BRT. Zwei tiefbeladene Dampfer wurden an der Ostküste Englands aus gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Wiederbeginn der Offensive im Westen.

Es ist geradezu erstaunlich, wie es unsere Heeresverwaltung fertig gebracht hat, ihre neuen Pläne bezüglich der Fortführung des Kampfes im Westen zu verschleiern, so daß die Alliierten auch gar keine Ahnung hatten, wo eigentlich der nächste Abschnitt des Entscheidungsbereichs beginnen würde. Der erste Vorstoß großer Stills erfolgte bekanntlich von der Basis St. Quentin—La Fère aus, und wurde in bestimmten Zeitabschnitten mit Nebenaktionen gegen Norden und Süden bis vor Amiens getragen, der zweite Vorstoß erfolgte auf der Basis Amiens—La Bassée, und dehnte sich nach Norden über Ypern hinaus aus, der dritte Vorstoß endlich schließt sich an den erreichten Kampfabschnitt Royon—Cougny—De Châteauneuf an, und zwar dehnt sich, wie die feindlichen Berichte feststellen, die neue Kampffront von Soissons bis Reims aus. Voreerst geht es um den Chemin des Dames, um den die Franzosen seinerzeit so riesige Opfer gebracht hatten, und den wir dann wegen des Planendrucks von Westen aufgegeben hatten.

In einem Nachmittag wurde der Bergrieden in seiner ganzen Ausdehnung erstürmt, und unsere Truppen sind an die Aisne herangekommen. Es ist klar, daß die neue Schlacht an der Aisne große Ausmaße annehmen wird. Die Franzosen, die hier größtenteils allein stehen, werden also jetzt ihre Truppen, die sie nördlich der Somme zur Unterstützung der Engländer einsetzen mußten, wieder nach und nach zurückziehen müssen, je nach der Ausdehnung des Kampffeldes. Wir werden in den nächsten Tagen nun das feindliche Kampfgeschrei zu hören bekommen, in dem die Beschützung von Paris eine große Rolle spielen wird. Paris liegt etwa 80 Kilometer südwestlich von der neuen Kampffront, und es ist deshalb nicht unbegreiflich, wenn den Parisern das Herz etwas härter pocht beim Empfang der neuesten Meldungen, umso mehr als auch die fortgesetzte Fernbeschützung sie immer wieder daran erinnert, daß den Deutschen militärisch nichts unmöglich erscheint, sofern nur sie einigermaßen annehmbare Verhältnisse vorfinden. Die neueste Aktion zeigt aber auch wieder, daß die deutsche Heeresleitung sich die Initiative nicht mehr aus der Hand nehmen läßt, trotz der einheitlichen Oberleitung der Entente und der Verstärkungen des Feindes aus aller Herren Länder.

Auch politisch scheint zur Zeit wieder eine gewaltige Offensive anzukönnen. Man hat den Eindruck, als wollten sich die noch schwebenden Fragen bezüglich des Verhaltens der Entente zu Rußland, und bezüglich der Politik der Vereinigten Staaten und Japans klären. Es sind daher wohl auch in politischer Hinsicht in nächster Zeit wichtige Ereignisse zu gewärtigen. O. S.

Zur Lage im Osten.

Schwebende Fragen zwischen Deutschland und Rußland.

(M.B.) Moskau, 25. Mai. (Pet. Tel.-Ag.) Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten überreichte am 22. Mai dem deutschen Botschafter Grafen v. Mirbach eine Note, in der es als Sitz des Sonderausschusses zur Regelung einiger sich aus dem Friedensvertrag von Brest-Litovsk ergebenden Punkte Moskau vorschlägt und folgende Fragen als Verhandlungsgegenstände vorschlägt: 1. Die Lage im Kaukasus, 2. Die Lage in der Krim, 3. Die in Artikel 3 des Friedensvertrags vorbehaltene Grenzführung und Fragen des zeitweiligen Befehlsrechts Deutschlands, 4. Die politische Lage Estlands und Livlands, 5. Kriegsgefangenenfragen, 6. Grundfragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Die Alliierten und Rußland.

(M.B.) London, 26. Mai. (Reuter.) Die Blätter melden aus Washington: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten haben sich über eine Politik des Nichteingreifens in Rußland geeinigt. Gleichzeitig bieten sie Rußland Zusichern und jede mögliche Hilfe an. Für den Augenblick wird also kein Eingreifen stattfinden. England und die Vereinigten Staaten haben der japanischen Regierung mitgeteilt, daß ihr neuer Kurs nicht von einem Verdacht gegen Japan eingegeben sei, sondern daß es sich dabei nur um eine politische Frage handle.

Unruhen in Rußland.

Berlin, 28. Mai. Laut „Berl. Lokalanz.“ melden Pariser Blätter aus Stockholm: Aus Nikolajew werden schwere Unruhen gemeldet. Die Volkskommissare der Republik des Don und der Republik von Tauris sind angeblich erschossen worden.

Berlin, 28. Mai. Aus Haag wird dem „Berl. Lokalanz.“ mitgeteilt: Das Exchange-Bureau meldet aus Moskau: In verschiedenen Städten der Provinz kam es am Donnerstag zu ersten Unruhen infolge von Nahrungsmittelnot. In Nischnij-Nowgorod saßen 10 000 Arbeiter eine Entschliebung, die sich gegen die Sowjetregierung richtete. Sie fordern darin sofortige Einberufung der Konstituante und drohen mit einem eintägigen Streik.

Die Frage der finnischen Verfassung.

* Stockholm, 28. Mai. Wie „So. Dagbladet“ aus Helsingfors erfährt, hat die Leitung der Schwedischen Volkspartei während der Pfingsttage eine wichtige Versammlung abgehalten. Sie trat einstimmig für die Monarchie ein. Außerdem forderte sie die kantonale Selbstregierung für



nationale Gebietseinheiten mit eigenen Landstings, die ein Zwischenglied zwischen der Gemeindeverwaltung und der Staatsverwaltung bilden sollen. In bezug auf das finnische Heer verlangt die Schwedische Volkspartei die Aufstellung schwedischer Einheiten, womöglich mit schwedischer Kommandosprache. — Der finnische Verfassungsausschuss hat sich mit einer Mehrheit von 1 Stimme für die Einführung der Monarchie erklärt. Im Landtag dürften sich Monarchisten und Republikaner ungefähr gleich stark gegenüberstellen. Das aus Deutschland zurückgekehrte finnische Jägerbataillon propagiert die einheitliche Durchführung des deutschen Militärsystems. — Ueber das Eingreifen Englands und Frankreichs an der M u r m a n s b a h n finden Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland statt.

Aus dem feindlichen Lager.

Beschlagnahme des in Amerika gekauften Kriegsmaterials für Holland.

(W.B.) Haag, 28. Mai. (Korresp.-Bureau.) In Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten van Been über die Beschlagnahme von durch die niederländische Regierung in Amerika gekauften Waffen und Patronen durch die amerikanische Regierung hat der Kriegsminister geantwortet: Nach den letzten Berichten hat noch keine Rückzahlung der Kaufsumme stattgefunden. Der Grund dafür ist vermutlich in der Ueberlastung der amerikanischen Regierungstellen zu suchen.

Wilson beginnt seine Aktion gegen Mexiko.

(W.B.) Berlin, 27. Mai. Ueber die Vorgeschichte des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Cuba wird uns von gutunterrichteter privater Seite mitgeteilt: Carranza (der Präsident des neuen Mexiko) hat sich bisher allen Forderungen Wilsons gegenüber als ein fester Hort gerechter und wahrer Unparteilichkeit bewährt. Er hat mit Kraft und Mut allen Einschüchterungsversuchen der Yankee standgehalten. Von diesem Geist zeugt auch die neue Verfügung, die seine Regierung unlängst betreffs der Schwarzen Liste erlassen hat, um den Wählereien der amerikanischen Konsulatsvertreter behufs Ausschaltung des deutschen Handels einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Die mexikanische Regierung betont eingangs dieser Verfügung ausdrücklich, daß das Verhalten der Amerikaner, wenn ihnen feste Hand gelassen würde, nicht nur eine Verletzung der mexikanischen Neutralität, sondern auch einen Eingriff in die Oberhoheit der mexikanischen Regierung im eigenen Lande bedeuten würde. Daher sollten nach dem Gesetz vom 8. März die Kapitäne sämtlicher Schiffe, die amerikanische Häfen anlaufen, verpflichtet sein, alle Waren für Empfänger, die auf der nordamerikanischen Schwarzen Liste stehen, an diese abzuliefern, auch wenn ihnen dies von den nordamerikanischen Konsulatsvertretern unterlagert wird, widrigenfalls der Kapitän eine Geldstrafe von 50 Pesos für jedes nicht ausgelieferte Kask zu gewärtigen hat und ihm die Weiterreise aus Mexiko verweigert werden würde.

Bermischte Nachrichten.

Eine freie Hochschule in Nürnberg.

(W.B.) Nürnberg, 27. Mai. In gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen heute die städtischen Kollegien die Gründung einer freien Hochschule für Handel, Industrie und allgemeine Volkserziehung und bewilligten zu diesem Zweck einstimmig den Betrag von einer halben Million Mark, wozu noch 645 000 Mark als Stiftung aus Nürnberger Bürgerreisen kommen. Hieran schloß sich im alten historischen großen Rathhauseaal ein Festakt. Kultusminister von Knilling verlas ein Handschreiben des Königs, in dem er der Stiftung Nürnbergs den Namen König Ludwig-Stiftung erteilt und der Stadt den königlichen Dank ausspricht.

Ein kriegsblinder Rechtsanwalt.

Vor der zweiten Strafkammer in Breslau erschien in einer Berufungssache des Schöffengerichts Wohlau der Rechtsanwalt Anders als Verteidiger. A. hat den Feldzug mitgemacht und wurde im Westen schwer verwundet. Die Verwundung hatte das vollständige Erlöschen seines Augenlichtes zur Folge. Der Anwalt wurde von seinem beherrschten Vater zur Gerichtsstelle gebracht.

Berechtigte Forderungen der Deutschen Oesterreichs.

(W.B.) Wien, 27. Mai. In der gemeinsamen Beratung der deutschen Kronlandsvolksräte in Wien am 25. und 26. d. Mts., in der die deutschen Volksräte für Böhmen, Wien, Niederösterreich, Mittel- und Untersteiermark, Kärnten, Krain, Tirol, das Küstenland, Galizien, sowie der in Bildung begriffenen deutschen Volksräte für Obersteiermark vertreten waren, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Forderungen nach stärkerer Zusammenfassung des Staatsgedankens und Betonung der Staatseinheit, schließlich nach Einführung der deutschen Staatsprache felerlich erhoben werden. Die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen bedeute wohl eine zweckmäßige Vereinfachung in der Verwaltung, sei jedoch für die Deutschen nur unter der Voraussetzung annehmbar, daß sie den Wünschen der Deutschen entsprechend erfolge, und daß die Sprachenfrage im Sinne des Oesterprogramms gelöst und die deutsche Staatsprache eingeführt werde. Nur eine starke zentralistische Staatsgewalt könne auch die deutschen Minderheiten wirksam schützen. Die Sicherung des Wegs zur Adria für das gesamte Deutschum sei eine unbedingte Staatsnotwendigkeit. Alle Bestrebungen nach einer tschechisch-slovakischen Autonomie müßten aus allerentschiedenste bekämpft werden. Die Entschließung verlangt weiter die Wahrung der Interessen der deutschen Minderheiten, sowie der österreichischen Gesamtinteressen bei Neuregelung der polnischen und der ukrainischen Frage und begrüßt die Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Schließlich wurde mit einstimmigem Beschluß die Gründung des Deutschen Volksrates für Oesterreich vollzogen.

Zum Wiener Raubmord.

(W.B.) Wien, 27. Mai. Der unter dem Verdacht, den an der Gesellschafterin Julie Carl im Hotel Bristol verübten Raubmord begangen zu haben, verhaftete Versicherungsbeamte Emo

Amtdiende Veranlassungen.

Kgl. Oberamt Calw.

Auf die im „Gewerbeblatt“ Nr. 20 erschienene Bekanntmachung der Höheren Maschinenbauschule Sßlingen a. N. vom 8. ds. Mts., betreffend

Kurze für Spardrehstühle,

werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen. Das „Gewerbeblatt“ kann u. a. bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden. Den 24. Mai 1918.

Regierungsrat B i n d e r.

David ist überführt worden. Sein Bürokollege Kurt Franz, ein 17jähriger junger Mann, hat die Tat im Beisein Davids begangen.

Eine rätselhafte Krankheit in Spanien.

(W.B.) Madrid, 28. Mai. (Neuter.) Der König, der Ministerpräsident und die anderen Minister sind unter rätselhaften Erscheinungen an einer Krankheit erkrankt, die sich über ganz Spanien verbreitet und die 30 Prozent der Bevölkerung befallen hat. Die Krankheit wird nicht als ernst angesehen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Mai 1918.

Beförderung.

Gesetzter Johann Giacomo von Calw, in einem Landwehregiment, wurde zum Unteroffizier befördert.

Ludendorff-Spende.

Als Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte gingen weiter ein: von Graf von Königsegg-Kulendorf 10 000 M. — Flugzeugbau Friedrichshafen 10 000 M. — Von der Süddeutschen Baumvollindustrie Kuchen 2500 M. — Von Staatsrat Dr. Ing. von Bach-Stuttgart 500 M.

Verschönerungsverein.

Man schreibt uns: In nächster Zeit werden wieder die Jahresbeiträge eingezogen. Die Eintwohnerschaft wird höflich gebeten, die seitherigen Jahresbeiträge zu bezahlen — auch erhöhte Beiträge sind sehr willkommen —, damit ermöglicht ist, die schönen Anlagen wenigstens zu erhalten und die Wege nicht verkommen zu lassen. Was mit den kleinen Mitteln, die dem Verein zur Verfügung stehen, möglich ist, wird gemacht. Es ist Pflicht der Dahingeblichenen, unsern tapfern Krieger die schöne Heimat zu erhalten, damit sie, wenn sie in Urlaub oder hoffentlich bald ganz zurückkommen, ihre Freude an der schönen Heimat haben und sehen, daß auch wir unsere Pflicht tun, die ja in gar keinem Vergleich steht zu dem, was draußen geschaffen wird. Es geht daher auch die Bitte an die Eltern, Lehrer und Belehren, die Kinder, Schüler und Lehrlinge zu ermahnen, die Anlagen zu schonen, keine Pflanzen abzubrechen, keine Bänke zu beschmutzen und zu beschädigen. Der Stadtpark ist kein Kinderspielplatz — dazu ist der Platz da —, sondern hauptsächlich für das Ruhe und Erholung bedürftige Alter bestimmt. Möge die Bitte gute Früchte bringen.

(S.G.) Sßingen, 27. Mai. (Erdbeben.) Gestern abend 11 Uhr 14 Minuten wurde hier ein ziemlich starker Erdstoß verspürt.

Amtsversammlung.

* Gestern morgen fand von vormittags 8 Uhr ab auf dem Rathaus in Calw die Amtsversammlung unter dem Vorsitz von Regierungsrat Binder statt. Nach Lurnus II waren durch stimmberichtigte Mitglieder vertreten Calw mit 10 Stimmen, Gifau, Liebenzell und Stammheim mit je 2 Stimmen und Albnlach, Alßburg, Breitenberg, Dedensborn, Gßhingen, Liebenzell, Ronafam, Mßdillingen, Oberkollbach, Oberreichenbach, Ottenbronn, Simmozheim, Sonnenhardt u. Feinach mit je 1 Stimme. Nach Genehmigung der Oberamtspflegerechnung von 1915 und der Oberamtsparaffensrechnung von 1916 gab der Vorstehende einen Ueberblick über die Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge im Bezirk Calw. Er wies auf die darauf bezüglichen Beschlüsse des Bezirksrats hin. Im Januar war beschlossen worden, die von der letzten Amtsversammlung (April 1916) eingeführte Erwerbslosenfürsorge aufzuheben, weil die ländlichen Vertreter der Ansicht waren, daß Arbeitsgelegenheit in Industrie, Gewerbe und namentlich auch in der Landwirtschaft genügend vorhanden sei, und daß die Arbeitslosen anderwärts Arbeit finden könnten. Wie bekannt folgte in der Presse eine Kritik dieses Beschlusses, die den Standpunkt vertrat, daß nicht alle Arbeitslosen in der Lage seien, anderwärtig Arbeit anzunehmen, und daß gerade auch in der Landwirtschaft verschiedene dieser Erwerbslosen auf Grund ihrer körperlichen Eigenschaften und sonstiger Verhältnisse zu arbeiten nicht in der Lage seien. Der Bezirksrat hat dann am 7. März und 30. April nochmals Stellung in der Angelegenheit genommen, und hat daraufhin seinen Beschluß aufrechterhalten mit dem ausdrücklichen Vorbehalt wie beim ersten Beschluß, die Versicherung wieder einzuführen, wenn ein erneutes Bedürfnis sich zeige, und im übrigen sollten die Gemeinden, für welche ein solches Bedürfnis vorliege, wie in Calw, Liebenzell und Unterreichenbach, die Erwerbslosenfürsorge für sich einrichten. Die Beschlüsse waren sämtlich gefaßt worden unter dem Eindruck der Mißstimmung der ländlichen Bevölkerung über die Inanspruchnahme der Versicherung durch solche Personen auf dem

Land, die nach Ansicht der Landwirte recht gut in der Land-
wirtschaft während ihrer Arbeitslosigkeit arbeiten könnten. In-
besondere waren aber auch bezüglich Liebenzell Anstände gel-
tend gemacht worden, weil dort verschiedene Ehefrauen von Ge-
werbetreibenden, die vor dem Krieg im Geschäft ihres Mannes
tätig waren, Anspruch auf die Versicherung erhoben. Der Vor-
sitzende machte Mitteilung über die bisherige Wirkung der Er-
werbslosenfürsorge für den Bezirk. Die Kosten betragen danach
für das Jahr 1915 8590 M., für 1916 22 899 M., für 1917
17 290 M. Für das Jahr 1917 verteilten sich die Kosten fol-
gendermaßen: Calw 2998 M., Liebenzell 6751 M., Unterreichen-
bach 2026 M., sonstige Gemeinden 367 M., für die Textilarbeiter,
für die eine besondere Versicherung geschaffen wurde, 5147 M.
Insgesamt erwuchs seit Einführung der Erwerbslosenfürsorge im
Bezirk ein Aufwand von 48 780 M. Davon übernahmen
Reich, Staat und Landesversicherungsanstalt zusammen 90 %, und nur je 5 % müssen von den Gemeinden und der Amtskör-
perschaft getragen werden; die Amtskörperschaft hat also nur
2400 M. von dieser Gesamtsumme zu tragen. Der Vorsitzende
betonte deshalb auch nochmals, daß nicht die Höhe der Ausgaben
für die Beschlüsse des Bezirksrats maßgebend gewesen seien, son-
dern lediglich die Anschauung, daß die auf dem Lande und in der
Stadt herrschende Leutenot eine Erwerbslosenfürsorge unumgänglich
erfordere. In der auf die Ausführungen des Vorsitzenden
folgenden eingehenden Aussprache stellte Kommerzienrat Wagner
den Antrag, die Erwerbslosenfürsorge wieder herzustellen, denn
größtenteils seien die von der Erwerbslosigkeit Betroffenen
gar nicht fähig, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Kräftige ge-
sunde Leute würden von der Industrie überhaupt nicht zur Er-
werbslosenfürsorge angemeldet, sondern es werde ihnen be-
deutet, sie möchten sich in der Landwirtschaft betätigen. Die In-
dustrie müßte ihre Arbeit zeitweise wegen Rohstoff- oder Koh-
lenmangels einstellen, und es werde daher hart wirken, wenn den
Arbeitern die Erwerbslosenfürsorge entzogen werde. Dann
seien auch viel Arbeiter und Arbeiterinnen vom Lande, die schon
seit ihrem 14. Jahr in der Stadt arbeiten, und von denen wenige
landwirtschaftliche Arbeit leisten können, die bei Wegfall der Un-
terstützung den Gemeinden anheim fallen würden, denn wenn die
Stadt Calw von sich aus Arbeitslosenfürsorge einführen
würde, würden diese Arbeiter nicht berücksichtigt werden. Auch
habe aus wirtschaftlichen Gründen der Bezirk ein Interesse daran,
daß die Unterstützungsbeiträge von den verschiedenen Behörden
herinkommen. Verwaltungsaktuar Staudenmeyer bemerkte, die
Ortsvorsteher hätten es doch in der Hand, darüber zu befinden,
ob ein Antragsteller speziell landwirtschaftliche Arbeit leisten könne
oder nicht. Manche Landwirte würden sich bedanken, wenn ihnen
eine ungeeignete schwächliche Arbeitskraft zugewiesen würde. An-
dererseits müsse auch beachtet werden, daß im Falle der Aufhebung
der Erwerbslosenfürsorge eine ganze Anzahl von den Be-
troffenen die Kriegswohlfahrtspflege, Kriegshilfe oder öffentliche
Arbeitsunterstützung in Anspruch nehmen würde, was den Bezirk
viel stärker belasten würde, weil hier nicht die hohen Reichs- und
Staatsbeiträge in Betracht kämen. Was speziell Liebenzell anbe-
lang, so handle es sich hier um Wäders- und Mehrgeschefrauen,
die bisher im Geschäft ihres Mannes mitgearbeitet haben. Wenn
diesen die Unterstützung wieder entzogen werde, die nicht einmal
ausreiche zur Aufbringung der Schuldsinsen, so müßten die Be-
treffenden andere Hilfsquellen suchen, und auf die Gemeinden
und den Bezirk würde die 3- bis 4fache Last fallen. Stadtschul-
theißenamtsverweser Dreiß meinte, wenn man strenge Richtlinien
für die Unterstützung aufstelle, d. h. die Fälle ausschleide, bei
denen andere Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sei, werde man allen
Aufsätzungen gerecht werden. Auch Schultheiß Karst-Unterreichen-
bach setzte sich für die Arbeitslosenfürsorge mit der Be-
schränkung auf die wirklich Bedürftigen ein, die andere Arbeit
nicht übernehmen können. Schultheiß Braun-Althengstett, Schul-
theiß Dehner-Dachtel und Schultheiß Wolf-Zwerenberg dagegen
traten für Aufhebung ein, weil es Mißstimmung auf dem Lande
auslöse, wenn Arbeiterinnen Arbeitslosenfürsorge erhielten,
die ebenfalls recht gut in der Landwirtschaft arbeiten könnten, wie
die Frauen und Kinder der Landwirte auch, oder aber bei ihren
Angehörigen auf dem Lande mitarbeiten und trotzdem noch Un-
terstützung beziehen. Es sei auch schwierig für die Ortsvorsteher,
die Gesuche abzulehnen. Stadtschultheiß Mäulen-Liebenzell be-
merkte, er müsse sich gegen den Vorwurf der mißbräuchlichen In-
anspruchnahme der Einrichtung durch Liebenzell verwahren. Die
dortigen Fälle seien eingehend vom Ortsausschuß und dann wel-
terhin vom Bezirksrat geprüft und wiederholt anerkannt worden.
Es gehe daher nicht an, die Unterstützung jetzt wieder rückgängig
machen zu wollen. Schließlich wurde der von Kommerzienrat
Wagner gestellte Antrag auf Beibehaltung der Erwerbslosenfür-
sorge mit Stimmenmehrheit angenommen. — Entsprechend der
Anregung des Ministeriums an die Gemeinden und Körperschaf-
ten, ihren Beamten und Unterbeamten im Hinblick auf die Teue-
rung Kriegsteuerungszulagen zu gewähren, beschloß die Amts-
versammlung dann ohne Erörterung den Beamten der Amts-
körperschaft für das Jahr 1917 eine Teuerungszulage von 400 M.
zu bezahlen, und im Rahmen der staatlichen Gehaltssteigerungen
vom 1. April 1918 ab eine jährliche Gehaltszulage von 1000 M.
zu gewähren, wovon 60 % pensionsberechtigt sein sollen. Auch die
Aufwandsentschädigungen der Verwaltungsaktuar wurden ent-
sprechend den Vorschlägen des Bezirksrats erhöht. Die Körper-
schafstrafsenwärter erhalten mit Wirkung vom 1. April 1918
an eine Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge von 50 %, die auch unge-
fähr den Vorgängen beim Staat gleichkommt, 60 % davon sollen
ebenfalls als pensionsberechtigt anerkannt werden. Die Gehalts-
zulagen wurden von 12 auf 24 M. erhöht, die Hutgelde von 2.50
auf 6 M. — Infolge der außerordentlichen Erweiterung der Ge-
schäftstätigkeit der Oberamtspostkasse mußte ab 1. Januar ein

provisorischer Gegenrechner angestellt werden. Die Wahl fiel auf
den Verwaltungskandidaten Braun von hier. Die Amtsversamm-
lung genehmigte diese Neuerung. — Auf Veranlassung der Reichs-
regierung mußten die Lieferungsverträge auf 1. November 1917
die Familienunterstützung für jeden Unterstützungsberechtigten
um 5 M. erhöhen, sodas die Ehefrauen der zum Heere Einge-
zogenen monatlich 25 M., die sonstigen Berechtigten 15 M. er-
halten. Die Amtsversammlung hatte nun die Genehmigung für
diesen Mehraufwand zu erteilen, ebenso zu weiteren Schulauf-
nahmen zur Bezahlung der reichsgesetzlichen Familienunterstüt-
zungen. Im Jahr 1916 wurden ausbezahlt 1 446 857 M., im Jahr
1917 1 078 545 M., zusammen 2 525 432 M., wovon vom Reich
498 000 M. ersetzt wurden, sodas ein Rest von 2 027 500 M. zu
decken war. Die erforderlichen Mittel wurden durch Anleihen bei
Banken, Genossenschaftskassen usw. aufgebracht, und nur 160 000
M. durch Zinsanspruchnahme des vom Reich zugestandenen Wechsel-
kredits bei der Reichsbank in Höhe von monatlich 80 000 M.
Auch für 1918 wurde die Oberamtspflege ermächtigt, zur Beza-
hlung der Familienunterstützungen nötigenfalls den eingeräumten
Wechselkredit der Reichsbank bis zur Höhe von monatlich 85 000 M.
in Anspruch zu nehmen. — In Anbetracht der starken Ver-
teuerung sämtlicher Lebensmittel, der Verbandstoffe und Medi-
kamente, wie überhaupt aller Betriebsmittel hat die Verwaltung
der Bezirkskrankenhäuser eine mäßige Erhöhung der Verpfle-
gungssätze vorge schlagen, und zwar sollen künftig Privatkranken
in der 1. Klasse 7.50 M. (bisher 6 M.), in 2. Klasse 5.50 M.
(bisher 4.50 M.), in 3. Klasse 3 M. (bisher 3 M.) bezah-
len, Kinder bis zu 6 Jahren in 1. Klasse 3.50 M. (bisher 3 M.), in
2. Klasse 3 M. (bisher 2.50 M.), in 3. Klasse 1.50 M., Kinder
von 6 bis 14 Jahren in 1. Klasse 5 M. (bisher 3 M.), in 2. Klasse
4 M. (bisher 2 M.), in 3. Klasse 2 M. (bisher 1.50 M.). Für
Mittglieder der Invalidenversicherung, Berufsgenossenschaften und
sonstige Eingewiesene sollen 3 M. verlangt werden, für Mittglieder
auswärtiger Krankenkassen 3.50 M., für Orts- und Landarme
1.40 M. Die Amtsversammlung genehmigte diese Sätze. —
Ebenso wurde die Erhöhung der Schutzgelde für Raubvögel und
Eichhörnchen, die schon verschiedentlich in unserer Zeitung ver-
öffentlicht wurde, gutgeheißen. — Aus den Mitteln der Amts-
körperschaft wurde entsprechend den Vorgängen anderwärts ein
einmaliger Zuschuß zur würt. Kriegshilfe in Höhe von 5000 M.
bewilligt, nachdem Verwaltungsaktuar Staudenmeyer die Zweck-
mäßigkeit der Kriegshilfe, die eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage
in Not gekommener Kriegsteilnehmer sich zur Aufgabe mache, dar-
gelegt hatte. Mit der Staatskassenverwaltung soll weiterhin in Be-
zug auf diese Angelegenheit ein Darlehensvorvertrag abgeschlossen
werden, auf Grund dessen die würt. Kriegshilfe bewilligt werden
soll, bei der Staatskassenverwaltung Beträge bis zum Höchst-
bedarf von 10 000 M. auf die Amtskörperschaft abzugeben. —
Der von der Oberamtspflege aufgestellte Vorschlag der Amts-
körperschaft für das Rechnungsjahr 1918 beträgt in Einnahmen
129 383 M., in Ausgaben 325 505 M., sodas ein Mangel von
195 676 M. vorhanden ist, was gegenüber dem Vorjahr ein Mehr
von 40 800 M. ausmacht. Die weitere Erhöhung des Abmangels
rührt ebenso wie die vorjährige von den Zinsen her, die für die
zur Bezahlung der reichsgesetzlichen Familienunterstützung auf-
genommenen Darlehen aufgewendet werden müssen. Die Verzinsung
für diese Darlehen beträgt allein 97 937 M., der gesamte Auf-
wand für Verzinsung und Tilgung der Schulden der Amtskörperschaft
beträgt 140 376 M. (im Vorjahr 102 929 M.). Der Ab-
mangel soll durch eine Umlage von 175 000 M. gedeckt, der Rest
von 20 676 M. vom Restvermögen entnommen werden. — Nach
Genehmigung des Voranschlags entsprechend der Auffassung der
Oberamtspflege gab der Beamte der Kommunalverbandsverwal-
tung, Kaufmann Stifel, einen Überblick über das 3. Geschäft-
jahr des Kommunalverbandes, das die Zeit vom 16. September
1916 bis 15. August 1917 umfaßt. Dem umfassenden Bericht
über die Getreideversorgung entnehmen wir, daß in diesem Zeit-
abschnitt 8692 Zentner Roggen, 1568 Zentner Weizen, 7824
Zentner Dinkel und 176 Zentner Mischfrucht abgeliefert wurden,
woraus 1279 Zentner Auszugsmehl und 12 242 Zentner Brot-
mehl gewonnen wurden. Als Nebenprodukte wurden gewonnen
30.5 Zentner Gries und 1553 Zentner Kleie. Als Zuschuß lie-
ferte die Reichsgetreidebestelle 238 Ztr. Weizenmehl und 9028 Ztr.
Brotmehl. Der Dinkel der Ernte 1916 ergab im Durchschnitt
eine Ausbeute von 67 gegen 72 1/2 Prozent des Vorjahres. An
die Wäders- und Händler des Bezirks wurden 1516 Zentner Aus-
zugsmehl und 21 266 Ztr. Brotmehl abgegeben, an die Landwirt-
schaft 1630 Ztr. Kleie. Einschließlich des Grieses hatte das ge-
samte Mehl samt Kleie einen Wert von 423 283 M. Für die im
Bezirk aufgetauften 22 367 Ztr. Hafer wurden den Erzeugern
287 378 M. vergütet. Auch 12 049 Ztr. Kartoffeln im Betrag von
56 087 M. wurden aufgetauft und größtenteils im Bezirk ver-
wendet. Lebensmittel (Leigwaren, Käse, Süßstoff, Fische, Mar-
melade usw.) wurden für 103 561 M. zugewiesen. Nach Waden
sind im Rechnungsjahr 364 946 Liter Milch aus dem Bezirk aus-
geliefert worden. Ueber das 4. Geschäftsjahr, das mit dem 16.
August 1917 begann, teilte der Vortragende mit, daß infolge der Ver-
schärfung der Ernährungsverordnungen sich das Kriegsernäh-
rungsamt gezwungen gesehen habe, außer dem Brotgetreide und
Hafer auch noch die gesamte Ernte an Gerste und Hülsenfrüchten
zu erfassen. Auch die Verteilung von Lebensmitteln aller Art
durch den Kommunalverband habe allmählich einen sehr großen
Umfang angenommen. Bis zum 31. März 1918 seien von der
Ernte 1917 zur Vermahlung 3328 Ztr. Roggen, 1484 Ztr. Weizen,
9443 Ztr. Dinkel und 104 Ztr. Mischfrucht aufgetauft worden,
zusammen 14 360 Ztr., wofür 183 380 M. an die Erzeuger ge-
zahlt wurden. Vermahlen wurden 3363 Ztr. Roggen und Misch-
frucht, 1401 Ztr. Weizen und 7421 Ztr. Dinkel im Wert von
155 752 M., wovon sich 1561 Ztr. Weizenmehl, 7777 Ztr. Brot-

mehl und 241 Ztr. Kleie ergaben. Von der Reichsgetreidebestelle
wurde ein Zuschuß von 6274 Ztr. Brotmehl und 300 Ztr. Kar-
toffelmehl geliefert. Der Dinkel ergab eine Ausbeute von 69.6 %.
An die Wäders- und Händler wurden 1491 Ztr. Weizenmehl, 13 467
Ztr. Brotmehl und 204 Ztr. Kartoffelmehl geliefert, an die Landwirte
230 Ztr. Kleie, alles zusammen im Wert von 310 845 M. Weiter
wurden aufgetauft 13 960 Ztr. Hafer im Betrag von 277 566 M.,
1777 Ztr. Gerste im Betrag von 28 871 M., 1047 Ztr. Hülsen-
früchte im Betrag von 31 456 M., 7375 Ztr. Weizen- und 1348
Ztr. Kleeheu im Betrag von 72 095 M., 7346 Ztr. Kartoffeln
im Betrag von 51 810 M. An Schlachtvieh wurden mit den Meh-
gern des Bezirks in 3 Monaten 259 462 M. umgeföhrt. Lebens-
mittel aller Art sind dem Kommunalverband zur Verteilung im
Bezirk für 134 388 M. zugewiesen worden. Mostobst sind 1042
Ztr. im Wert von 9029 M. vermittelt worden. Die Milchaus-
fuhr belief sich bisher auf 298 376 Liter. Nachdem Regierungsrat
Winder noch über die weitere Ausdehnung der Aufgaben des Kom-
munalverbandes (Metallkauf, Kohlen-, Nahrungsmittel-, Zunderver-
teilung usw.) gesprochen hatte, fragte Mühlenbesitzer Naif-Lieben-
zell an, warum die Selbstversorger in unserem Bezirk ihr Getreide
außerhalb des Bezirks mahlen lassen dürfen, während die Selbst-
versorger im Bezirk Neuenbürg, die früher immer im hiesigen Be-
zirk hatten mahlen lassen, von Neuenbürg aus an andere Stellen
geliefert worden seien. Der Vorsitzende bemerkte, es würde als
große Härte angesehen werden, wenn man die Selbstversorger
nicht in ihre alten Kundenmühlen gehen ließe, andererseits soll
aber an das Oberamt Neuenbürg das Ersuchen gestellt werden,
es möchte das Mahlen auch im Calwer Bezirk gestatten. Mühlen-
besitzer Defer wies auf die Gründe hin, warum manche Mühlen
nicht genügend Arbeit haben. Wenn die Mäuler scharf nach den
gesetzlichen Bestimmungen mahlen, so hätten sie bald nichts mehr
zu tun, wie es einer Kommunalverbandsmühle bei Durcharf ge-
gangen sei, die infolge Unregelmäßigkeiten des Weizens vom
Kommunalverband in Betrieb genommen worden sei, aber in
kurzer Zeit den Betrieb einstellen mußte, weil die Leute doch nicht
mahlen ließen. Nachdem Stadtschultheißenamtsverweser Dreiß
seiner Genehmigung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß die Or-
ganisation des Kommunalverbandes gut funktioniere, wenn man
auch in Calw mit der Beschneidung der Buttermahlung nicht ganz
einverstanden sei, und unsere Selbstversorgung durch den immer
schlimmer werdenden Schrotthandel noch weiter gefördert werde,
führte Verwaltungsaktuar Staudenmeyer Klage über die schlechte
Qualität unseres Brotes, das feucht sei und Hülsen enthalte, so-
das man Gefahr laufe, magentranke zu werden. Die Herren Defer
und Stifel meinten, daß die Schuld an den Wäders liege, wogegen
sich begrifflicher Weise Wädersmeister Pfommer wehrte. Er führte
aus, wenn man zu 700 Gramm Mehl 1/2 Pfund Kartoffeln neh-
men müsse, dann sei eben das Brot feucht. Beim Zufuß von Kar-
toffelmehl sei es besser gewesen. Die Schlussworte des Vorsitzen-
den, die zwischen Stadt und Land angehängte Verständigung
möge sich weiter vertiefen, wurden aber anlässlich der Wahl eines
Ersatzmannes für das den Helmbold gestorbene Bezirksratsmit-
glied Konz nicht sonderlich beherzigt, denn die ländlichen Be-
treter wählten den Schultheißen Braun-Althengstett, der gegen-
über dem von den Vertretern der Stadt Calw vorgeschlagenen
Stadtschultheißenamtsverweser Dreiß mit 18 gegen 12 Stimmen
gewählt wurde. Es ist jetzt im Bezirksrat also nur noch ein stimm-
berechtigtes Mitglied der Stadt Calw vertreten, nämlich W.D.
Fislaw Heinrich Wagner, während die Gäuorte je 2 Vertreter
haben, die Wäders ebenfalls 2 und Liebenzell 1 Vertreter. Von
seiten der Vertreter von Calw wurde geltend gemacht, daß da-
durch das stillschweigende Uebereinkommen, das auch in anderen
Bezirken Geltung habe, die Vertreterzahl im Bezirksrat nach der
Steuerleistung zu wählen, erstmals durchbrochen sei. Calw bezahle
ein Drittel der Amtskörperschaftsumlage und hätte also wohl auch
Anspruch auf 2 Sitze gehabt. Schultheiß Braun-Althengstett
machte geltend, man müsse auch auf die Einwohnerzahl Rücksicht
nehmen, und die Gäuorte hätten zusammen eine größere Einwoh-
nerzahl als Calw. Unter der durch diesen Zwischenfall eingetre-
tenen Mißstimmung hatte dann auch die Wahl eines ständigen
Stellvertreters für den Bezirksrat an Stelle von Schultheiß
Braun-Althengstett zu leiden. Bei der ersten Wahl erhielt Schul-
theiß Braun-Dedenyfronn 10, Stadtschultheißenamtsverweser
Dreiß 8 Stimmen, während eine große Anzahl leerer Zettel ab-
gegeben wurde. Da aber keiner der Vorgeschlagenen die absolute
Stimmenmehrheit erhielt, so mußte nochmals gewählt werden,
woraus auf Stadtschultheißenamtsverweser Dreiß 19 Stimmen
fielen auf Schultheiß Braun 10. Die andern Wahlen wurden
durch Zufuß erledigt.

für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw
Druck u. Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Die
Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank)
Filiale Stuttgart
Königin Olga-Bau
übernimmt die Stellung von
Zoll-, Fracht und Steuer-Kautionen
zu günstigen Bedingungen
und er bietet sich zur Eröffnung von
provisionsfreier Scheckkonten
und laufenden Rechnungen
(mit und ohne Kreditgewährung).

Aufruf

zur

Sammlung getragener Oberkleidung.

Zur teilweisen Deckung des Bedarfs an Oberkleidung der in den kriegswichtigen Betrieben, insbesondere auch bei der Eisenbahn und in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, hat die Reichsbekleidungsstelle im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden angeordnet, daß alsbald eine

allgemeine Sammlung von getragener Oberkleidung für Männer

im ganzen Reiche veranstaltet werde.

Der Kommunalverband soll hierzu eine von der Landeszentralbehörde festgesetzte Anzahl von Anzügen beisteuern. Hochgeschlossene Toppe und Hose sind als Anzug anzusehen; Fracks, Smoking und Uniformen sind jedoch von dieser Abgabe ausgeschlossen. Es wird erwartet, daß die erforderlichen Anzüge im Wege der freiwilligen Abgabe aufgebracht werden, um so strengere Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle zu ersparen.

Die Kommunalverbände sind jedoch auf Grund von §§ 1 und 2 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 257) ermächtigt worden, Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie eine größere Anzahl Oberkleider besitzen, die Vorlegung eines Verzeichnisses über ihren Bestand an Oberkleidern und zur Anfertigung solcher geeigneter Stoffe aufzuerlegen, falls sie nicht wenigstens einen Anzug abliefern sollten; auch sind sie ermächtigt, solchen Falles die Richtigkeit des Verzeichnisses nachzuprüfen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bei der Abgabe der Kleidungsstücke wird dem Abliefernden eine Bescheinigung erteilt, welche eine amtliche Zusicherung enthält, daß die jetzt abgegebenen Oberkleider bei einer im weiteren Verlauf des Krieges etwa notwendig werdenden anderweitigen Einforderung getragener Oberkleider in Anrechnung gebracht werden. Eine Bescheinigung dieser Art wird jedoch demjenigen nicht erteilt, der eine Abgabe-Bescheinigung zwecks Erlangung eines Bezugsscheines ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung auf seinen Wunsch erhalten hat (vergl. § 2 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über die Erteilung von Bezugsscheinen bei Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche vom 13. Oktober/1. Dezember 1917 (Reichsanzeiger Nr. 244, 285).

Die abgelieferten Anzüge werden nach einem geordneten Schätzungsverfahren angemessen bezahlt. Die Schätzungs- und Annahmestellen sind angewiesen, für Oberkleidungen, die innerhalb 8 Wochen nach Erlass dieser Bekanntmachung abgeliefert werden, einen besonderen Zuschlag von 10 Prozent zu den regelmäßigen Schätzungsbeträgen zu bewilligen.

Um die wirtschaftlich besser gestellten Einwohner wird das dringende Ersuchen gerichtet, diese Sammlung, deren Ergebnis für das wirtschaftliche Durchhalten unseres Volkes im Kriege von hoher Bedeutung ist, opferfreudig zu unterstützen und möglichst viele Anzüge abzuliefern. — Es wird von diesen Kreisen erwartet, daß sie ihre entbehrlichen Oberkleidungen diesem großen Zweck zur Verfügung stellen.

Reichsbekleidungsstelle.

Vorstehenden Aufruf der Reichsbekleidungsstelle bringen wir zur Kenntnis mit der Bitte, der Aufforderung zur Ablieferung von Anzügen für Arbeiter kriegswichtiger Betriebe und der Landwirtschaft freiwillig nachzukommen, damit von weiteren Maßnahmen Abstand genommen werden kann. Wir bitten insbesondere, schnell abzuliefern, weil die Anzüge alle sehr dringend gebraucht werden. Weiter bitten wir um gute tragbare Anzüge, welche keine oder nur geringe Instandsetzung erfordern. Auch sollen nur vollständige Anzüge, bestehend aus Rock, Hose und Weste (hochgeschlossene Sack- und Sportanzüge auch ohne Weste) abgeliefert werden.

Die Annahme dieser Männerkleider findet erstmals
Freitag, 31. Mai, nachmittags von 2—4 Uhr,

in der Oberamtspflege statt. Die weiteren Annahmetage werden später bekannt gegeben.

Die Vergütungen für die abgegebenen Männeranzüge sind reichliche und bewegen sich in folgenden Grenzen:

Sack-, Rock- oder Gehrodanzüge

Klasse A = Beste Stoffqualität, feine Nahtarbeit.
Klasse B = Mittlere Stoffqualität, einfache Nahtarbeit oder gute Konfektion.

Klasse C = Geringe Qualität, billige Konfektion.
Qualität I: gut erhalten, wenig abgenutzt, nicht verschossen, nicht geflickt.

Qualität II: mittelmäßig erhalten, etwas abgetragen, wenig geflickt.

Qualität III: schlecht = schlecht erhalten, aber noch gebrauchsfähig, sehr abgetragen.

Klasse A, Qualität I M 40.— bis 75.—

II M 15.— bis 40.—

III unter M 15.—

Klasse B, Qualität I M 25.— bis 45.—

II M 12.— bis 25.—

III unter M 10.—

Klasse C, Qualität I M 18.— bis 30.—

II M 10.— bis 18.—

III unter M 10.—

Zu diesen Preisen kommt bei Ablieferung bis zum 15. Juni noch ein Sonderzuschlag von 10 Prozent.

Die Beträge werden sofort bar ausbezahlt.

Bei Abgabe der Anzüge durch Dienstboten oder Kinder wird

zur Vermeidung von Zweifelsfällen gebeten, die abliefernde Person darüber genau zu verständigen;

1. ob die Ablieferung gegen Bezahlung oder unentgeltlich erfolgt;

2. ob auf Bezugschein verzichtet wird und dadurch der abgelieferte Anzug bei etwa später notwendig werdenden Maßnahmen in Anrechnung gebracht wird, oder

3. ob die Ausstellung eines Bezugsscheines beantragt wird, wobei aber dann die Ablieferung des getragenen Anzuges bei etwaigen später nötigen Maßnahmen unberücksichtigt bleibt.

Calw, 25. Mai 1918.

Oberamtspflege:
Fischer.

Stellv. Generalkommando XIII. (R. W.) Armeekorps.

Nbr. Nr. 4 Nr. 41 163 Rr.

Um eine Vernehmung der aus dem feindlichen oder neutralen Ausland infolge von Flucht oder Austausch zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen (Stollinterierten) zu ermöglichen, werden sämtliche Ortspolizeibehörden (Einwohnermeldeämter), die von der Rückkehr solcher Personen Kenntnis erlangen, angewiesen, Namen und Aufenthaltsort des Zurückgekehrten dem Stellv. Generalkommando Nbr. Nr. 4-Abwehr umgehend mitzuteilen.

v. Schaefer.

Stammheim, den 28. Mai 1918.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meines Sohnes, unseres Bruders, Schwagers und Onkels



Georg Böllnagel,

sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

Frau Dorothea Böllnagel Witwe.

Hans Hammann, Neubulach,
Eisenwarenhandlung,
empfiehlt sein gut sortiertes

Lager in rohen und montierten Achsen.

Kentheim.

Verkaufe am Donnerstag, den 30. Mai, nachmittags 2 Uhr, bei meinem Hause krankheits halber gegen Barzahlung

1 Rälber-Ruh mit dem 5. Kalb,

sowie

1 gute Milch- und Schaff-Ruh

und verpachte zugleich

zirka 3½ Morgen Wiesen

in verschiedenen Parzellen.

Katharina Traub.

• • • • •

Der Dank

eines jeden Feld-

grauen ist Ihnen

sicher, wenn sie ihm

sein Heimat-Blatt

ins Feld senden.

• • • • •

Tabakpflanzen

mit Kulturanw. u. Anl. z. Eigarrenmachen, 50 Stck. 3.—, 100 Stck. 5.50, 500 Stck. 25.— Mk. versch. bei sorgf. Verpackung E. Hecht, Gartenbau, Berlin-Schönholz.

Oberhaugstett.

2 Langholz-Wägen

hat zu verkaufen

Fritz Stepper.

Gutunterrichtet

sind Sie über alle wichtigen Ereignisse, wenn Sie das Calwer Tagblatt lesen.



Fräulein sucht Aufenthalt

auf dem Lande gegen Mithilfe im Haushalt u. in der Landwirtschaft. Angebote an die Geschäftsst. d. Bl.

Ein kräftiges

Mädchen

für Küche und Haushalt bis 1. oder 15. Juni

gesucht.

R. Hartmann, zur „Sonne“, Bad Liebenzell.

Auf 1. Juli wird ordentlicher, rüstiger, junger Mann als

Hausbursche

gesucht.

Neue Apotheke.

Neue

Fahrpläne

für den Bezirk,

sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. zu 10 Pfg. erhältlich.

Kaufe

Eichen- u. Fichtenrinde

zu den festgesetzten Höchstpreisen in kleinsten und größten Mengen ab jeder Station verladen. Sachkundige Aufkäufer gegen hohe Provision gesucht. Lohschäler erhalten 1 kg freigegebenes Schließleder.

Ernst Schenk, Calw/Eifel, Lohmühle.

Motorrad

hat zu verkaufen

Lilly Schlatterer.

Gebrauchter

Rachelofen

ist zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Dienstboten-

Gesuche

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der größte Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet.